

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u. Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freilich.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

• uptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großschörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Kleinendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 29

Montag, den 4. Februar 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Die spanische Regierung meldet aus Rabat, daß in der französischen Zone des marokkanischen Protektorats heftige Angriffe der Marokkaner auf französische Truppen stattgefunden haben.
Nach einem Streit mit seinem Onkel hat ein 16jähriger Schüler, Kuttner, in Warschau Selbstmord begangen, indem er sich im vierten Stock aus dem Fenster stürzte. Der Schüler wurde in hoffnungslosem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert.
Schmelting wird in dieser Woche durch den deutschen Botschafter dem Präsidenten Coolidge, der den Wunsch geäußert hat, den erfolgreichen deutschen Bogler kennenzulernen, vorgestellt werden.
Die polnischen Amerikaner haben die Summe von 640000 Franken für ein neues polnisches Ozeanflugzeug zur Verfügung gestellt, das mit den Majoren Dzidkowski und Kadula an Bord im Frühjahr starten soll.
Nach Meldungen aus Lissabon ist der deutsche Frachtbagger „Eriesto“ in der Nähe von Porto auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Ueber das Schicksal der Besatzung liegt bisher keine Nachricht vor. Wie aus Moskau gemeldet wird, gerieten bei Almaata (Sibirien) Holzarbeiter unter eine Schneelawine. Elf Menschen sollen von der Schneelawine getötet worden sein.

Vertilge und fächliche Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kraftpostverkehr.) Ab Dienstag, den 5. Februar wird die Kraftpost Pulsnitz—Oberlichtenau wie folgt verkehren: Ab Grauer Wolf 17.15 Uhr, an Oberlichtenau 17.35 Uhr; ab Oberlichtenau 17.40 Uhr, an Grauer Wolf 18.05 Uhr; ab Grauer Wolf 18.10 Uhr nach Lichtenberg. Alle übrigen Fahrzeiten bleiben bestehen.

Pulsnitz. (Geflügelzüchterverein.) An die heute abend stattfindende Generalversammlung wird hiermit nochmals erinnert.

Pulsnitz. (Kapitän Finke kommt wieder!) Der von seinen früheren Filmvorträgen her bereits bestens bekannte Kapitän Finke wird am Mittwoch im Olympia-Theater seinen neuesten prachtvollen Reisetilm: „Der Ozeanrekord“ vortragen. Es wird die erste Ausfahrt des deutschen Ozeanriesen Cap Arcona nach Südamerika gezeigt. Diese Fahrt war eine Rekordfahrt um das blaue Land des Südatlantik. Der Film zeigt wundervolle Bilder vom See, wie von Rio de Janeiro, Montevideo, Buenos Aires, Teneriffa u. s. w. dazu weiß Kapitän Finke in seiner herzerfrischenden humorvollen Seemannsart so angenehm und feilschend zu plaudern, daß der Besuch des Vortrages für jeden ein Erlebnis wird.

— (Der Hausbesitzer-Verein e. V. für Pulsnitz und Umgebung) hielt am 27. Januar in Grafs Gasthof Obersteina eine Versammlung ab. Der Besuch war als ein sehr guter zu bezeichnen. Der Vortragende in der Versammlung, der berühmte Vorsitzende des Vereins, Herr Stadtrat Bierckelt, gab in seinem Referat über die Notlage des Sächsl. Haus- und Grundbesitzes in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung wichtige Hinweise über die bestehenden 3 Zwangssetze (Reichsmittelengesetz, Mietschutzgesetz, Wohnungsmangelgesetz), die Ende vorigen Jahres 10 Jahre auf dem Hausbesitzer ruhen und bis heute Recht und Freiheit dem Hausbesitzer über sein Eigentum nahmen. Desgleichen referierte der Vortragende über die ungeheuren, dem Hausbesitzer auferlegten und nicht mehr tragbaren Steuern. An Hand von verschiedenen Beispielen wies er nach, daß, wenn nicht bald dem Hausbesitzer Erleichterung von Reich, Staat und Gemeinden in Bezug auf Steuern gebracht werden, der Hausbesitz vollkommen ruiniert wird. Weiter gab Herr Stadtrat Bierckelt sehr wichtige wissenswerte Aufklärung über Mietschutzgesetz und Ermäßigung, bezw. Stundung. Ferner sprach er noch über die Vergebung von Hypotheken und weiteren Realkredit, und über die Haus- und Privathaftpflicht des Verbandes und gleichzeitiger Mitteilung, daß vom Verein Pulsnitz ca. 200 Mitglieder versichert sind. Er wies noch auf die große Notwendigkeit der Versicherung hin, wodurch der Hausbesitzer vor jedem Schaden bewahrt würde. Die Prämien sind sehr niedrig. Nachdem noch einige wichtige Anfragen entsprechend beantwortet waren, forderte der Herr Vorsitzende nochmals zum weiteren Zusammenschluß der Haus- und Grundbesitzer auf, denn nur durch eine straffe Organisation kann ihm geholfen werden. Der Vortrag, welcher mit voller Befriedigung von den Anwesenden aufgenommen wurde, brachte 33 Neuaufnahmen. Die gegebenen Aufklärungen überzeugten die Anwesenden wiederum, wie nötig es ist, sich dem Verband resp. dem Verein anzuschließen, denn nur durch ihn können resp. werden alle wichtigen Fragen, welche den Hausbesitzer betreffen, sachgemäß erledigt. Es gilt nicht nur Mietfragen zu erledigen, sondern es gilt hauptsächlich noch die Erhaltung des privaten Eigentums.

— (Es ist eine eigenartige, selten gehörte Musik), die sich jetzt beim Beschreiten der Straßen vernehmen läßt: „Der Schnee singt!“, sagen die einen, „Der Schnee quietscht!“, sagen die anderen. Aber für beide Teile ist diese Musik des Schnees ein Zeichen dafür, daß noch weitere Kälte kommt. Am Sonnabend früh zeigte das Ther-

Stresemann über die Aechtung des Krieges

Der Kellogg-Pakt vor dem Reichstag — Die Vorlage dem Ausschuss überwiesen

Die Baseler Nachrichten zu dem Konflikt zwischen Bayern und Preußen — Paris und der deutsche Minderheits-Antrag

Deutscher Reichstag

Ein schwach besetztes Haus und noch schwächer besetzte Publikumstribünen, das war das Bild, das sich bot, als Sonnabend vormittag 11 Uhr Reichstagspräsident Löbe die Sitzung des Reichstages eröffnete. Deutsch-litauischer Handelsvertrag und das Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien wurden dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Auch als dann die erste Beratung des Vertrages über die Aechtung des Krieges, des Kellogg-Paktes, als der Reichsaussenminister zu reden begann, war der Plenarsaal kaum zur Hälfte gefüllt. Der Außenminister führte folgendes aus:

„Gestatten Sie mir, einige einleitende Bemerkungen vorzusprechen. Von dem Augenblick an, als bekannt wurde, daß der ursprüngliche Gedanke eines französisch-amerikanischen Friedenspaktes durch den Entschluß der Regierung der Vereinigten Staaten sich umwandelte in den Gedanken eines allgemeinen Weltfriedenspaktes, ist sich die Reichsregierung der Tragweite dieses Vorganges bewußt gewesen. Es war ein Ereignis, das in doppelter Richtung für Deutschland von größter Bedeutung war. Das große Problem der Herstellung einer internationalen Friedensordnung,

dessen Lösung seit dem Ende des Weltkrieges in den mannigfachen Versuchen angestrebt worden ist, wurde hier in einer ganz neuen Form angefaßt, einer Form, die von allen anderen Friedensversicherungen der letzten Jahre unabhängig war und für die Erreichung des Zieles eine elementare umfassende Grundlage schuf. Dazu kam die Tatsache, daß jetzt auch derjenige große und mächtige überseeische Staat aktiv in diese Dinge eintritt, der an den für Deutschland wichtigen früheren Friedensgarantien nicht beteiligt war und insbesondere dem Völkerbund nicht angehört.

Ueber die Stellung, die Deutschland zu diesem Vorgehen eingenommen hatte, konnte kein Zweifel sein. Von den beiden großen Ideen des amerikanischen Paktentwurfs, die dahin gehen, die Möglichkeit kriegerischer Konflikte auszuschalten und den friedlichen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Staaten zu gewährleisten, konnte mit vollem Recht und mit voller Aufrichtigkeit gesagt werden, daß sie die Grundzüge der deutschen Außenpolitik sind. Und so hat die Reichsregierung nicht gezögert, dem Entschluß zu fassen, als erste der beteiligten Regierungen dem amerikanischen Entwurf ohne Vorbehalt zuzustimmen. Sie war dabei von der Ueberzeugung getragen, daß die Inkraftsetzung dieses Entwurfs mit den bereits bestehenden internationalen Abmachungen, vor allem

mit der Völkerbundsatzung und mit dem Rheinpakt von Locarno in keinem Widerspruch stehen, sondern vielmehr geeignet sein würde, die Grundgedanken jener Abmachung zu verstärken.

Deutschland hat keinen Anlaß und kein Interesse, die Bedeutung des Paktes geringer einzuschätzen, als es in den Ausführungen des französischen Außenministers geschah. Wenn die Desfentlichkeit, die in den Jahren nach dem Kriege die Reihe der friedensbetreuenden Regierungen ständig sich hat vergrößern sehen, dem nicht immer mit steigendem Enthusiasmus, sondern vielfach mit einer gewissen Skepsis gefolgt ist, so ist das vielleicht begründlich.

Soweit das deutsche Volk in Frage kommt, ist das aber nicht das Zeichen eines Mangels an Friedensbedürfnis und Friedenswillen. Es hat in Deutschland seinen Grund einfach darin, daß man diejenigen Folgen vermied, die sich aus den so weitgehenden internationalen Erklärungen der Regierungen von selbst ergeben. Darin liegt in der Tat ein Punkt, der von entscheidender Bedeutung ist und dessen Betonung alles andere als eine Herabwürdigung des Wertes des Paktes darstellt.

Ist dieser Pakt durch den radikalen und unbedingten Verzicht auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik der Abschluß einer völkerrechtlichen Entwicklung, so ist er in anderer Richtung doch nur ein Versprechen und eine Grundlage für die weitere Ausgestaltung der rechtlichen Ordnung des Völkerlebens.

Immer wieder wird die lebendige Entwicklung des Völkerlebens zu Gegenfäden führen, die nicht aus der Welt wegzudeckeln sind. Sie sind nur dann friedlich zu meistern, wenn die Gestaltung des Rechts dieser lebendigen Entwicklung folgt.

In der nunmehr einsetzenden Debatte nahm zunächst der Nationalsozialist Graf Reventlow das Wort und wies darauf hin, daß der Pakt den Anlaß hätte geben müssen, unter allen Umständen die Aufhebung der Besatzung als Vorbedingung zu fordern.

Graf Reventlow nannte den Pakt einen Betrug an den Völkern.

Der Entwurf werde von den Nationalsozialisten abgelehnt werden. Der deutsch-nationale Abgeordnete von Eindeiner-Wildau behielt sich die Stellungnahme seiner Fraktion für die Ausschussberatung und für die zweite Lesung vor. Der Kommunist Stöcker bezeichnete das Spiel mit dem Kellogg-Pakt als eine Heuchelei. Er wies auf die Rüstungen der Ententestaaten hin.

Stöcker erhielt einen Ordnungsruf, als er behauptete, die Unterzeichnung des Paktes durch Coolidge, Baldwin, Poincaré, Mussolini und Müller sei die widerlichste Komödie eines Massenbetruges.

Der Kellogg-Pakt wurde danach dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten an Bayern.

Berlin. Der preussische Ministerpräsident Braun antwortete am Sonnabend in einer Pressekonferenz auf die Erklärungen, die die bayerischen Minister Held, Smelze und Gärtnert vor Pressevertretern in München über den Stand der Verhandlungen zwischen Reich und Ländern abgegeben haben.

Der preussische Ministerpräsident erklärte, nachdem er die Forderungen Preußens, Bayerns und der übrigen Länder an das Reich beziffert hatte, er habe auf der Länderkonferenz vorgeschlagen, die Reichsregierung möge nach der Aussprache auf der Konferenz einen Vorschlag ausarbeiten, der ihr im Hinblick auf die Reichsfinanzen tragbar erscheine. Ueber diesen Vorschlag sollte dann in einer demnächst einzuberufenden Konferenz der Länder erneut beraten werden. Für die Verhandlungen wurde Vertraulichkeit vereinbart, die von den Vertretern Bayerns durch ihre Erklärungen vor Pressevertretern gebrochen sei.

Dies zwingt ihn, auf diese Erklärung öffentlich zu antworten. So sei behauptet worden, Preußen habe auf der Konferenz die allergrößten Schwierigkeiten gemacht, indem es neue Forderungen in die Aussprache geworfen habe. Das sei unrichtig. Weiter sei behauptet worden, daß Preußen im Laufe der Verhandlungen einen neuen Anspruch für verlorengegangenes Staatsvermögen in Höhe von 3 1/2 Milliarden erhoben hätte. Auch das entspreche nicht den Tatsachen. Diese Forderung an das Reich sei bereits im Jahre 1919 geltend gemacht worden.

Auf die Bemerkung des bayerischen Ministerpräsidenten, Bayerns Gegner sei Preußen, könne er nur feststellen, daß diese Behauptung jeder tatsächlichen Grundlage entbehre, und sein Bedauern darüber aussprechen, daß die preußenfeindliche Stimmung, die in Bayern Tradition zu sein scheine, von den verantwortlichen Staatsmännern noch durch unrichtige Behauptungen genährt werde.

Die Baseler Nachrichten zu dem Konflikt zwischen Bayern und Preußen

Basel, 4. Februar. Zu den Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun schreiben die Baseler Nachrichten, man sollte endlich einmal aus der Sackgasse herauskommen, in die man sich verrannt habe und anstatt der gegenseitigen Beschuldigungen und Zankereien zwischen Preußen und Bayern versuchen, ob man sich nicht zusammensetzen und in vernünftiger Ueberlegung herausfinden könne, wie man Schulter an Schulter das leisten könne, was Deutschland in dieser schweren Zeit nötig habe. Die gegenseitigen Anwürfe „Preußen ist Bayern feind“ und dergleichen hätten nicht dazu beigetragen, die Stimmung zu verbessern. Nutzen aus diesem Streit zögen doch nur diejenigen Stellen im Auslande, die jede Schwächung Deutschlands mit der größten Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Paris und der deutsche Minderheitsantrag

Paris, 4. Februar. Die Pariser Abendpresse kommentiert teilweise sehr erregt das Verlangen Stresemanns, die Minderheitenfrage vor den Völkerbund zu bringen und behauptet sogar, daß die Initiative des deutschen Außenministers eine direkte und drohende Antwort auf die Elsaß Debatte in der französischen Kammer darstellen. Der „Intransigent“ ist der Ansicht, daß Stresemann die Minderheitenfrage zu ungeeigneter Zeit aufrolle. Stresemann aber habe seine Pläne. Die Verhandlungen der Sachverständigen würden schwierig sein. Deutschland beginnt damit eine drohende Haltung ein-